

Yaron Matras / Uschi Strohmaier

## Ein bundesweites Treffen — noch nicht selbstverständlich

Kommentar zum 4. bundesweiten Treffen der Immigrantinnen- und Flüchtlingsinitiativen in Hamburg, Juni 1987

Wer lädt wen ein? Dies war kein Thema, hätte es jedoch sein können, denn wieder wurde die inhaltliche Vorbereitung fast ausschließlich den Organisatoren überlassen. Wenig Vorbereitung seitens der teilnehmenden Gruppen, kaum Diskussionsvorschläge oder -papiere, all dies erschwerte eine strukturierte strategieorientierte Diskussion. So beschränkte sich das Gespräch oft auf Berichte und anschließende, spontane Statements einzelner TeilnehmerInnen, so hatte sich kaum eine Gruppe Gedanken darüber gemacht, wie es weiter gehen soll, etwa mit der Organisation des nächsten Treffens. Und trotzdem trafen über 80 VertreterInnen von über 40 Initiativen aus ca. 30 Städten in der Hamburger Begegnungsstätte »Haus für alle« ein. Auch das breite Spektrum, wodurch schon das 3. Treffen in Nürnberg gekennzeichnet war, war wieder da: es kamen neben autonomen Flüchtlingsgruppen und VertreterInnen einiger Initiativen für eine Freie Flüchtlingsstadt, meist Bündnisse vor. Ort. Nur konnte auch die große Anzahl von Stamm-TeilnehmerInnen die Frage nach dem genauen Charakter des Treffens nicht beantworten; zwar fiel auf, wie gängig der Begriff 'Bewegung' als Selbstbezeichnung inzwischen geworden ist, teilweise bekam mensch jedoch das Gefühl, das alles würde schon von alleine auf uns zukommen.

### Aktionen am Flughafen — meist erfolglos aber nicht umsonst

Entgegen den Vorstellungen der Organisatoren, die einen Tagesordnungsvorschlag vorbereitet hatten, war die geplante Revision des »Ausländergesetzes« kaum Diskussionsthema, die AIDS-Maßnahmen und ihr Zusammenhang mit Schikanen gegen Einwanderer und Flüchtlinge wurden nur am Rande erwähnt, und die von vielen befürchtete Hetzkampagne der Herrschenden, die eine Durchführung der angekündigten Revision erleichtern soll, kam nicht zur Sprache.

Stattdessen zeigte sich das Bedürfnis, über eigene Erfahrungen mit Abschiebungen von Flüchtlingen ausführlicher zu berichten. Stand auf der Tagesordnung des 3. Treffens in Nürnberg die Verhinderung von konkreten, angekündigten Abschiebungsfällen als Aufgabe für die nächsten Monate, so war man diesmal um einiges erfahrener, enttäuschter, skeptischer; zumindest die TeilnehmerInnen aus Berlin und Frankfurt wußten aus der Erfahrung von mehreren Blitzaktionen am frühen Morgen, wo sie sich stundenlang auf den Flughäfen aufhielten, sich vor Polizeiwagen, Rolltreppen, ja sogar vor die Flugzeuge stellten: Es ist kaum mehr möglich, am Flughafen Abschiebungen zu verhindern.

Trotz erheblicher Schwierigkeiten, Abflugzeiten und -richtungen zu erfahren, lief in den letzten Monaten eine Koordination zwischen verschiedenen Städten, hauptsächlich Berlin und Frankfurt. Dennoch konnten die Proteste an den Flughäfen - rechtliche Hilfe in letzter Minute oder Verzweiflungstaten der Betroffenen selbst, bis hin zum Selbstmordversuch - nur in seltenen Fällen eine Abschiebung verhindern.

Das Ergebnis der Auswertung dieser Aktivitäten ist eindeutig: Der Schwerpunkt beim Agieren, um Flüchtlingen Schutz zu bieten, muß verschoben werden, und zwar von der Mobilisierung häufiger aber einzelner Protestaktionen zu dem Aufbau von Struktu-

ren, die eine langfristige Unterbringung von Flüchtlingen als Schutzmaßnahme ermöglichen können, und zusätzlich eine intensivere Aufklärungsarbeit unter den Flüchtlingen selbst, um eine Inhaftierung zu verhindern.

### Neue Aufgaben — langfristiger Einsatz

Zweifellos waren die häufigen Mobilisierungen an den Flughäfen nicht umsonst: sie erreichten mit ihren Forderungen und ihrer Argumentation eine breite Öffentlichkeit und vermittelten den einzelnen TeilnehmerInnen wichtige Erfahrungen, eine neu-entstehende Politisierung in manchen Unterstützerkreisen. Nun stellen sich bundesweit Initiativen gemeinsam eine Aufgabe, die nicht nur die Konfliktgrenze gesetzlich erlaubter Aktionen überschreitet und damit eine intensivierte Verfolgung durch die Behörden riskiert, sondern auch der politischen Kultur hierzulande im Grunde fremd ist; denn die Unterstützung untergetauchter »Illegaler« durch Aufnahme in der eigenen Wohnung setzt eine langfristige Änderung des Alltags und die weitgehende Aufgabe der doch sehr hoch geschätzten Privatsphäre voraus. Inwieweit man sich bei einer solchen Aufgabe mit kulturellen Gewohnheiten auseinandersetzen muß, und ob dazu eine gezielte Aufklärungsarbeit unter potentiellen Unterstützern und Sympathisanten nützen könnte, so weit ist die praktische Diskussion nicht gekommen.

Bisher scheint man sich darauf zu verlassen, daß aus der Dringlichkeit der Lage, wie sie in der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit betont wird, und aus der Ernsthaftigkeit der Forderung nach offenen Grenzen und Einstellung aller Abschiebungen, die persönliche Verantwortung und Verpflichtung jeder/s einzelnen hervorgehen muß. Daß dabei an Kirchengemeinden besondere Erwartungen geknüpft werden, ergibt sich nicht nur aus dem Stand der Diskussion und Stellungnahmen von Kirchenvertretern, sondern schon aus konkreten Erfahrungen an einigen Orten.

### Innerdeutsche Fluchtbewegungen

Ein erster Schritt im Rahmen dieser Einschätzung war die Diskussion um die Verhinderung von Zwangsverteilungen bzw. die Unterstützung der »innerdeutschen Fluchtbewegung«. Seitdem in einigen Bundesländern der Abschiebestopp (vor allem in den Libanon) aufgehoben ist, versuchen manche Flüchtlinge, diese Länder zu verlassen bzw. eine Verteilung dorthin zu verhindern. Was nicht auf legalen Wege getan werden kann - meistens waren die Versuche, aus humanitären Gründen eine Legalisierung (Duldung) zu erreichen, erfolglos - muß durch die Unterbringung, die Finanzierung und den konkreten Schutz »Illegaler« weitergeführt werden. Die Beratung von Flüchtlingen über Fluchtmöglichkeiten innerhalb der BRD kann jedoch nur erfolgen, wenn erstens genaue Informationen über die gegenwärtige Praxis der Behörden in einzelnen Ländern vorhanden sind, zweitens sind Kontakte zu Initiativen wichtig, die die konkrete Unterstützung, rechtliche Mittel und evtl. Öffentlichkeitsarbeit in jedem konkreten Fall übernehmen könnten. Eine solche Zusammenarbeit ist erst im Anfangsstadium. Dies zeigte sich am Beispiel der hamburger und bayrischen Initiativen, für die die Umverteilungen ein besonders aktuelles Thema sind. Ein intensiver Informations- und Adressenaustausch kam dabei erst in den letzten Wochen, nicht zuletzt in Verbindung mit dem Treffen in Hamburg, zustande.

### Wieder die Frage der Koordination

Eine intensivere Vernetzung der Initiativen kann nicht spontan an einem bundesweiten Treffen entstehen. Sie muß gründlich durchdacht und vorbereitet werden, und muß dann auf dem Treffen zur Diskussion stehen. Daß die Frage der Koordination für manche Gruppen angesichts der Entwicklungen immer dringender wird, zeigte sich wiederholt jetzt in Hamburg. Schon in Nürnberg wurde festgestellt, daß, zumindest wenn es um die Verhinderung von Abschiebungen geht, ein gewisser Bedarf an Koordination besteht. Waren es früher die Tübinger und Stuttgarter Gruppen, die den Vorschlag einer zentralen Koordinationsstelle brachten, so war es diesmal die Hamburger Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten, die, trotz Plenum-Beschluß in Nürnberg (auf einen Antrag aus den Reihen des Hamburger AK-Asyl hin), das Thema »nie wieder zu diskutieren«, die Frage wieder aufwarf. Für die »Gesellschaft« zeigt sich nämlich diese Notwendigkeit, da sie sich täglich mit der Unterstützung »Illegaler« aus anderen Bundesländern beschäftigt.

Mangels konkreter Anträge dazu (genaue Definition, Plan etc.) fiel jedoch das Thema aus der Diskussion heraus. Koordiniert werden nur die gemeinsamen Aktionen zum Tag des Flüchtlings, und zwar über regionale Koordinationsstellen (siehe unten). Nun bleibt es dabei, daß niemand in der Lage ist, über die Behördenpraxis in einzelnen Ländern sowie über die Initiativenarbeit in den entsprechenden Regionen Informationen zu sammeln und im Überblick Auskunft zu geben.